



Werner A. Perger

Heimkehr an die Basis

Wie sich Europas linke Volksparteien retten und der Demokratie damit einen Dienst erweisen könn(t)en

■ Die Krise der sozialdemokratischen Parteien in Europa ist nicht zuletzt das Ergebnis eigener Versäumnisse und Fehlentscheidungen. Profitiert haben davon die konservativen und neoliberalen Parteien, die Linkspopulisten, vor allem aber auch die demagogischen Parteien des Rechtspopulismus.

■ Die Sozialdemokratie muss entschlossen reagieren, um den Status als Volkspartei nicht zu verlieren. Die erste Aufgabe ist die politische Heimkehr an die Basis. Dafür müssen die Mitte-Links-Parteien sich vom »Dritten Weg« verabschieden, den Kommandoton der Sozialstaatsreformer ablegen und zur Sicherung der Zukunft mehr innere Demokratie wagen.

■ Ernsthafte Reintegration und Vertrauensarbeit sind eine lange und schwierige Herausforderung. Die innere Reformarbeit der Mitte-Links-Parteien sollte sich an den folgenden Stichworten orientieren: Öffnung und Offensive, Aufklärung und Populismus, Vision und Pragmatismus, Konflikt und Kompromiss sowie Mut zu neuen sozialen Bündnissen.

NOVEMBER 2009

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Reintegration: Heimkehr an die Basis	3
3	Öffnung und Offensive	4
4	Aufklärung und Populismus	4
5	Vision und Pragmatismus	5
6	Konflikt und Kompromiss	6
7	Mut zu neuen sozialen Bündnissen	6
8	Neue Balance, alte Tugenden oder: Das Leben der Anderen	7

1 Einleitung

Die Lehren aus dem Krisenszenario der europäischen Sozialdemokratie sind vielfältig. Es gibt gemeinsame Erkenntnisse und nationale Besonderheiten. Die Parteien agieren unter denselben globalen Bedingungen. Alle, die vielen Wahlverlierer und die wenigen Wahlgewinner, sind sie betroffen von den dramatischen Entwicklungen und Verwerfungen des Weltfinanzsystems, von den Auswirkungen auf Weltwirtschaft, Welthandel und nationale Arbeitsmärkte, von den politischen Umwälzungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, von den Gefährdungen des Friedens durch internationalen Terror, von der Konfrontation der westlichen Demokratien mit totalitären religiösen Fanatismen und vom Auftreten neuer transkontinentaler Probleme (Klimawandel, Hunger, Seuchen). Dass ausgerechnet in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus diejenigen demokratischen Parteien in Wahlen am schlechtesten abschneiden, die vor der Krise des Finanzsystems am meisten gewarnt und zur Eindämmung der Krisenfolgen durch entschlossenes Handeln am meisten beigetragen haben, nennen amerikanische Politikwissenschaftler »das europäische Paradoxon«.

Diese paradoxe Situation für die Parteien der »Linken Mitte« Europas ist aber nicht nur das Ergebnis objektiver äußerer Prozesse. Zur Schwächung der Sozialdemokratie beigetragen haben auch subjektive eigene Versäumnisse und Fehlentscheidungen. Damit haben die Mitte-Links-Parteien nicht nur den konservativen Mitbewerbern neuen Spielraum eröffnet, sondern ebenso den neuen Bewegungsparteien am radikalen rechten und linken Rand, jenen Parteien, die sich zum Teil unter dem Mantel der Demokratie gegen das System der liberalen Demokratie wenden. Diesem *subjektiven* Teil der Ursachen für die Krise der Linken gilt das Hauptaugenmerk der folgenden Überlegungen zur immer wiederkehrenden Frage: Was tun?

2 Reintegration: Heimkehr an die Basis

Priorität hat die Rekonstruktion der beschädigten Brücken der Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten. Die Sozialdemokraten, deren Status als Volksparteien durch Wahlergebnisse wie die in Deutschland, in den Niederlanden oder auch Dänemark inzwischen in Frage gestellt wird, müssen dringend das in jüngster Zeit massiv verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Sie sollten sich daher ihrer Herkunft besinnen und an frühere Traditionen anknüpfen. Dazu müssen die ehemaligen Arbeiterparteien zuerst

aber »nachhause kommen«, dahin, wo das reale Leben stattfindet, zu den Bürgern. Sie sollen dabei nicht als reuige Heimkehrer auftreten. Eine inhaltliche Totalrevision und opportunistische Schuldbekennnisse wären falsch. Politische Lernprozesse der vergangenen Jahrzehnte und notwendige Anpassungen an historische Realitäten haben ihren Platz in der Parteigeschichte, für die es weder Reue noch pauschale Selbstkritik bedarf. Aber die Heimkehr verlangt zugleich die Einsicht in die Fehler, die unterwegs gemacht wurden. Und den Abschied von den schlechten Gewohnheiten, die man während der Phase der Distanz angenommen hat, zum Beispiel die arroganzverdächtige »Von-oben-herab«-Attitüde, mit der sie ihre Sozialstaatsreformen durchzusetzen pflegten. In ihren Regierungsjahren als »Champions of Change« haben die Parteien der Linken Mitte sich von der Basis abgekoppelt und von ihrer Stammklientel entfremdet. Dafür mussten sie büßen.

Ihre soziale und politische Heimkehr ist die Voraussetzung für das Überleben der Sozialdemokratie als Volksparteien. Die Reintegration in den Alltag der Bürger ermöglicht die Arbeit an und mit der Basis, wozu die Lebenswelt der sozial Schwachen gehört, aber auch das Milieu der leistungsstarken sozialen Mittelschichten, deren Unterstützung das letzte Hoch der europäischen Sozialdemokratie gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts ermöglicht hatte. Im Idealfall wäre diese soziale und politische Nachbarschaftspräsenz die Grundlage nicht nur für die Renaissance der linken Volksparteien, sondern auch ein Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie insgesamt. Politik darf nicht noch mehr zum Tummelplatz der wissenden Eliten werden. Die Bemühung um die politik-, kultur- und bildungsferneren Schichten und der Kampf um deren Integration in die demokratische Gesellschaft darf weder den antidemokratischen, autoritär strukturierten und völkisch-demagogischen Rechtspopulisten überlassen werden, noch den Linkspopulisten, die allen alles versprechen und soziale Illusionen nähren.

Ernsthafte Reintegration und Vertrauensarbeit sind eine lange und schwierige Herausforderung. Die Stichworte dafür sind:

1. Öffnung und Offensive
2. Aufklärung und Populismus
3. Vision und Pragmatismus
4. Konflikt und Kompromiss
5. Mut zu neuen sozialen Bündnissen

Werner A. Perger,
freier Journalist
und Autor, schreibt
hauptsächlich für
Die Zeit.

3 Öffnung und Offensive

Der erste Schritt wäre also, quasi als Vorleistung, der Verzicht auf den *Top-Down*-Stil, wie ihn New Labour, Neue Mitte oder auch die Persson-Sozialdemokratie in Schweden verstärkt in den politischen Prozess eingeführt haben. Zentrales Argument für Reformgesetze, die auf Widerstand stießen: »Es gibt keine Alternative«, eine im Kern reaktionäre Aussage, deren Copyright als »Tina-Prinzip« (*There Is No Alternative*) bis heute bei der konservativen britischen Premierministerin Margaret Thatcher liegt. Doch solche strammen Ansagen aus der politischen Zentrale, ob Downing Street, Kanzleramt oder Rosenbad, orientiert am vormodern horizontalen Führungsstil großer Konzerne und kleiner gewerkschaftsfreier Betriebe, waren für die Sozialdemokratie des Dritten Wegs nach demokratischen Anfängen charakteristisch geworden. Dieser Politik- und Führungsmodus war bestimmt vom Effizienzdenken. Man wollte weg von den Ideologien, die in den Reagan-Thatcher-Jahren die Richtung vorgegeben hatten. Entscheidend sollte nun die neue Nüchternheit sein. Es galt fortan der Primat der Praxis, des Probierens und des Funktionierens. Theorie, Überzeugungen und Werte standen unter dem Verdacht der Unflexibilität und Lernunfähigkeit. Jede kleine Reform, die sich bewährte, wurde als Durchbruch gefeiert und als »Revolution« verkauft. Tony Blair nannte seinen Politik der kleinen Veränderungen am liebsten »revolutionär«. Soviele »Revolution« war in der europäischen Sozialdemokratie zuvor nie. Dass es sich um eine verbale Mogelpackung handelte, ließ sich aber langfristig nicht verbergen. Überdross blieb denn auch nicht aus. Vertrauen schafft man anders. Offenheit braucht Ehrlichkeit.

Zur Offenheit in der Sache gehört die Bereitschaft, sie offensiv und aufklärerisch zu vertreten und zwar gegenüber allen Seiten: natürlich auch – im selbstbewussten Dialog – gegenüber Widerstand aus den eigenen Reihen, erst recht aber gegenüber konkurrierenden Parteien, Lobbyisten, Verbänden, NGOs, nicht zuletzt gegenüber den Medien. Wer in der Sache nicht offen ist und in der Vertretung des eigenen Standpunkts nicht offensiv, hat schon verloren. Manchmal ist das nur eine Sache des politischen Muts.

In diesem Sinne ist einer der größten Fehler der Mitte-Links-Parteien der Versuch, der autoritären national-populistischen Herausforderung beim Thema Migration durch Anpassung zu begegnen, in der Hoffnung, den Nationalradikalen und Extremisten auf diese Weise das Wasser abzugraben. Der Ausweg aus dem »multikulturellen Dilemma«, wie der hollän-

dische Autor Paul Scheffer es nennt, liegt für eine fortschrittliche Politik der linken Mitte nicht im Wettlauf um strengere Asylgesetze, höhere Mauern gegen Zuwanderer und härtere Abschiebe-Regelungen. Diese negative Konkurrenz ist gegen die informelle Koalition von Konservativen, völkischen Rechtspopulisten und opportunistischem Boulevardjournalismus nicht zu gewinnen.

Der Ausweg steckt aber genauso wenig im Ignorieren der Schwierigkeiten, die mit Globalisierung und Migration verbunden sind. Er steckt auch nicht in falscher Toleranz gegenüber sozialen Fehlentwicklungen in heterogener werdenden Gesellschaften. Verantwortliche linke Politik besteht in einer vernünftigen Balance von nationaler Integration, internationaler Kooperation und sozialer Toleranz. Dazu muss sie offensiv gegen die Feinde der damit verbundenen Wertordnung auftreten. Intoleranz, Rassismus, Fremdenhass und Gewalt müssen im demokratischen Rechtsstaat tabuisiert bleiben und es gibt eine Sprache, die unter Demokraten unanständig ist und deshalb »inkorrekt« bleibt, wie nicht zuletzt im Deutschen das verräterische Signalwort »Fremdarbeiter«. Korrektheit und Unehrlichkeit sind zweierlei. Die demokratische Linke muss darauf achten, die beiden Sphären nicht zu verwechseln. Leicht ist das nicht. Die Grenze fließt. Aber es muss gelingen.

Offensiv und ohne Kompromisse muss die demokratische Linke daher auch gegen Intoleranz, Rassismus, Rechtsverletzungen und ideologische Verfassungsfeindlichkeit aus dem Milieu der Zuwanderer auftreten. Die Angst vor dem Vorwurf, man sei »politisch inkorrekt« oder »rechtspopulistisch«, darf fortschrittliche, linke und verantwortungsbewusste Demokraten nicht dazu verleiten, rechtswidriges Verhalten oder demokratiefeindliche Aktivitäten von Zuwanderern zu tolerieren oder zu ignorieren, egal woher sie kommen und welcher Glaubensgemeinschaft oder Ethnie sie angehören. Auch so verliert man Vertrauen. Beides, Hetzen und Verharmlosen, hilft den »Hasspredigern« hüben und drüben.

4 Aufklärung und Populismus

Zur Erinnerung: Am Anfang der Arbeiterbewegung stand die integrierte Präsenz der Aktivisten in der Gesellschaft, an der Basis, im »Viertel«, im »Kiez«, im »Barrio«. Alte Sozialdemokraten schwärmen heute von jenen fernen Zeiten, als kleine Parteibüros vor Ort noch die Anlaufstation für die ganze Nachbarschaft waren. Inzwischen hat der Alltag in den Kommunen sich geändert, wie die Gesellschaften und das soziale Zusammenleben insgesamt. Die Parteibüros sind

längst verschwunden und mit ihnen so manche kommunale Einrichtung, die zur Lebensqualität im Revier beigetragen hatte. Viele der einstigen kommunalpolitischen Vorzeigeprojekte sind längst zu Studienobjekten dafür geworden, was falsch laufen kann, auch in den USA, wo von Europa inspirierte urbane Sozialwohnbau-Anlagen zu sozialen Brennpunkten wurden. Unübersehbar sind auch die parteipolitischen Folgen. Berühmte Anlagen wie der legendäre Wiener »Karl-Marx-Hof« sind von »roten Hochburgen« inzwischen zu Hoffungsgebieten und Nachwuchsterrain der radikal rechtspopulistischen FPÖ geworden, die einstige Atmosphäre der Nachbarschaft und Solidarität ist aggressiver Aus- und Abgrenzung gewichen.

Dennoch hat die Idee als Modell nicht ausgedient, wie die Erfolge der rechts- und linkspopulistischen Sozialarbeit und »Kümmerer«-Strategie gezeigt haben, ebenso aber auch das offensive strategische Konzept des amerikanischen *Community-Organizing*, das zu Barack Obamas Wahlsieg entscheidend beitrug. Die Idee ist einfach, zu einfach vielleicht: Langfristige Vertrauensarbeit beruht auf ständiger Ansprechbarkeit lokaler Parteimitarbeiter, die jeder kennt, auf ihrer Erreichbarkeit als kommunale Berater, soziale Helfer, im Optimalfall auch als politische Anwälte, zumindest aber als persönlicher Kummerkasten der Bürger. Progressive Parteien müssten in der Lage sein, passende Strukturen zu schaffen: ein kleiner Raum mit Schreibtisch, Computer, Telefon und Besucherecke genügt, plus feste Sprechzeiten. Und nicht zu vergessen: Einen engagierten Menschen mitten drin braucht's auch.

Diese Nachbarschaftlichkeit ist, trotz konzeptioneller Schnittflächen, nicht zu verwechseln mit dem *Kommunitarismus*. Er ist kein umfassendes, philosophisches Konzept wie dieser, keine Gegenidee zur großen Politik, keine Reaktion auf die Unübersichtlichkeit staatlicher Megastrukturen, keine konservative Antwort auf zuviel zivile Liberalität oder kulturelles *Laissez faire*. Diese Form der organisierten Gemeindegarbeit ist eher ein Einstieg in den demokratischen repräsentativen Gesamtprozess, zu dem auch das *Big Government* gehört und zwar nicht als Feind, sondern als solidarischer *Gewährleister* der eigenen individuellen Existenz. Progressive Basisarbeit ist Teil des Ganzen. Sie dient insofern nicht nur den Menschen an der Basis und den Volksparteien, die um ihr Überleben kämpfen. Sie soll auch zur Revitalisierung der Demokratie beitragen.

In diesem Sinne braucht die demokratische Linke in Europa ein entspannteres, gesundes Verhältnis zum Populismus, zusammen mit einem ausgeprägten Bewusstsein der Verantwortung für das Ganze. Die

Erfahrungen mit dem europäischen Rechtspopulismus – und mit einigen linkspopulistischen Parteien – haben »Populismus« in Europa zum Schimpfwort werden lassen. Populismus steht heute für Demagogie, Fremdenhass, Rassismus und Postdemokratie statt für Volksnähe und Basisengagement. Die amerikanische demokratische Linke, die fast geschlossen Obamas Kampagne unterstützte, hat keine Hemmung, sich ideengeschichtlich auf den Populismus als »progressive Bewegung« des frühen 20. Jahrhunderts zu beziehen, wohl wissend, dass es in der Geschichte auch vereinzelt Fehlentwicklungen gab. Aber es besteht kein Grund zu falscher Scham. Populisten kämpften seinerzeit »für die da unten gegen die da oben«. Das ist von der Geschichte und der Idee der Arbeiterbewegung nicht weit entfernt. Im Gegenteil.

Aus der amerikanischen Debatte kennen wir daher auch den Begriff des »guten Populismus« (*good populism*). Er entspricht im Prinzip dem Politikverständnis, mit dem seinerzeit Willy Brandt nach einer mutigen Wahlkampagne 1972 den bisher größten Sieg der SPD-Geschichte errungen hat. Obama, Brandt – keine üblen Modelle.

5 Vision und Pragmatismus

Den modernen Mediendemokratien mangelt es oft an der nötigen Verbindung von Vision und Pragmatismus. Was als fehlende »Ausstrahlung« oder Mangel an »Charisma« beklagt wird, liegt oft an einem allzu rigiden Pragmatismus einer neuen Politikergeneration. Was fehlt ist die optimale Mischung von Fähigkeit zum politischem Traum und Bewährung in der politischen Wirklichkeit. Deshalb mangelt es an Vertretern eines visionären Pragmatismus. Der Politikbegriff der Generation progressiver Politik, die im Geiste des Dritten Wegs heranwuchs und ausgebildet wurde, ist politisch zu mager und deshalb auf Dauer zu wenig. Vernunft und Augenmaß sind gewiss unverzichtbare Bestandteile jeder Politik, die im Geiste der Aufklärung antritt. Zur nachhaltigen Akzeptanz bei den Menschen braucht eine Politik der Aufklärung aber ebenso die emotionale Komponente. »Unsere Botschaft erreicht die falschen Regionen im Gehirn der Menschen«, klagte kürzlich eine italienische Politikerin auf einer internationalen Tagung zum Elend der Sozialdemokratie. Sie kann sich dabei auf neuere Erkenntnisse der neurologischen Forschung berufen, die Literatur zu diesem Thema nimmt rasch zu und die politische Werbung bedient sich offenkundig daran. Die demokratische Linke darf sich jedenfalls nicht darauf verlassen, mit Vernunft allein

demokratische Mehrheiten für sich zu gewinnen. Die Menschen wollen auch die Wertvorstellungen und Visionen ihrer Repräsentanten kennen und sich darüber mit ihnen auseinandersetzen. Genau dazu braucht die Aufklärung ihren eigenen Populismus – den »Populismus der Aufklärung«. Er besteht genau in der Verknüpfung von Vision und Realität, in der populären Beschreibung der Idee von sozialer Gerechtigkeit und der Wegmarkierung dorthin, welche die heutige Führungsgenerationen der Mitte-Links-Parteien den Bürgern bisher schuldig bleibt.

6 Konflikt und Kompromiss

Gerade die amerikanischen und britischen Erfahrungen lehren aber auch, dass selbst klare parlamentarische Mehrheiten im außerparlamentarischen Meinungskampf die Bereitschaft zu Konflikten und die Entschlossenheit zum Kompromiss nicht überflüssig machen. Die Fähigkeit zu diesem politischen Balanceakt trennt sowohl unter nationalen Führungsfiguren wie unter Basis-Aktivisten der Parteien personell die Unmündigen von den Erwachsenen, oder volksmündlich gesagt, die Spreu vom Weizen. Der politische Erfolg beruht auf der Handlungsfähigkeit der Führung und deren Bereitschaft und Talent, sich verständlich zu machen. Die aber ist wiederum abhängig von der Bereitschaft der Basis und lokaler Meinungsführer, dem Pragmatismus der Führung ausreichend Spielraum zu geben. Die Wahrung einer produktiven Spannung zwischen Debatte und Loyalität, zwischen strategischer Prinzipientreue und taktischem »Nachlassen«-Können ist die Aufgabe aller Beteiligten. Die Demokratie braucht inhaltliche Diskussionen, aber sie gedeiht fürwahr besser ohne machtpolitische »Flügelkämpfe«. Dazu müssen gerade die progressiven Volksparteien mit ihrem Hang zu Auseinandersetzungen – von internen Grundsatzdebatten bis zu existenziellen Glaubenskriegen – neue Formate und Regeln der inneren Meinungs- und Willensbildung entwickeln. Die Sozialdemokraten in Frankreich und Italien haben neue Versuche unternommen und auch in anderen Parteien wird überlegt, wie man die Mitglieder aktivieren und Nichtmitglieder zur Mitarbeit motivieren kann. Auf diesem Feld würde sich eine vergleichende *best-practise*-Studie lohnen, die auch das Vorwahlsystem in den USA in die Analyse einbeziehen müsste. »Von Obama lernen«, wovon seit November 2008 in allen demokratischen Parteien die Rede ist, bedeutet mehr als das Studium der Art und Weise, wie die US-Democrats Spenden gesammelt und *YouTube*, *Twitter* & Co in ihre Kampagnenstrategie integriert haben. Das gilt für alle Parteien im sozi-

aldemokratischen Krisenbogen: Die linke Mitte muss »mehr Demokratie wagen« (Willy Brandt).

Dazu gehört vor allem Mut zu Experimenten in den eigenen Reihen. Sozialdemokratische Parteien sollten sich organisatorisch radikal verändern, um politisch auch in Zukunft eine Rolle spielen zu können. Erstarre Hierarchien, unflexible Verwaltungsstrukturen, selbstzufriedene Funktionärsbürokratien, wie sie in vielen Parteien immer noch den Alltag bestimmen, wirken vor allem auf junge Menschen abschreckend. Die nachrückenden Generationen, aus denen die politischen Führer von spätestens übermorgen kommen müssten, sind individualistisch geprägt, in demokratischen Verhältnissen aufgewachsen, kommunikationstechnisch vielseitig, den neuen Kommunikationstechnologien gegenüber aufgeschlossen, skeptisch gegenüber Ritualen, diskussionsfreudig und neugierig, unbefangen und zugleich natürlich unerfahren und fehleranfällig. Sie einzubinden braucht große Phantasie, Sensibilität und Flexibilität der Parteien und deren Hierarchien.

Der von den Parteien oft beklagte Mangel an nachwachsenden Führungskräften geht zu einem wesentlichen Teil auf deren Image und Charakter als geschlossene Gesellschaften zurück. Die institutionelle »Körpersprache« der Parteien signalisiert: Einmischung unerwünscht. Um das zu ändern, müssen die Parteien umdenken und sich ändern. In diesem Sinne wäre die innere Demokratisierung ein wichtiger Einstieg in die politische Selbsttherapie der Sozialdemokratie. Um neue Kräfte anzuziehen, muss man sich stark genug zeigen, mit ihnen und ihrer Energie produktiv umzugehen.

7 Mut zu neuen sozialen Bündnissen

Es geht um die Rückgewinnung einer meinungsführenden Position und um die Untermauerung eines realpolitischen Führungsanspruchs für die Linke Mitte in Europa. Dazu braucht es auch eine neue Bündnis- und Koalitionsstrategie der linken Volksparteien. Eine erfolgreiche politische Strategie mit dem Ziel der weiteren demokratischen Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ist unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen und in der veränderten Parteienlandschaft nur im Zusammenwirken mit gleich gesinnten Bündnispartnern in allen Bereichen möglich. Es geht nicht nur um parlamentarische Einflussnahme und Mehrheiten in Einzelfällen der Gesetzgebung. Aus der Oppositionsrolle heraus ist dies ohnehin ein schwieriges Unterfangen. Es geht mehr noch um die wirksame Etablierung von politischen Prioritäten, ethischen Kategorien und Wertvor-

stellungen innerhalb des öffentlichen Diskurses in der Gesellschaft. Es geht um prägenden Einfluss auf das öffentliche Denken, um die politische Definition von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und damit nicht zuletzt um die Befestigung des politisch-kulturellen *Firewalls* gegenüber den extremistischen Feinden der liberalen und sozialen Demokratie. Alte Nazis und neue Rechtsradikale, die sich zunehmend auf scheinheilige Weise demokratischer Methoden bedienen, um die Demokratie zu unterwandern und zu untergraben, dürfen die politische Tagesordnung in Europa nicht weiter bestimmen und in Deutschland keinen Einfluss gewinnen.

Dazu ist es wichtig und wünschenswert, dass die fortschrittlich-liberalen Kräfte insgesamt, Personen und Organisationen, sich miteinander vernetzen und neue inhaltliche Allianzen bilden. Fortschrittliche Köpfe mit politischem Engagement und strategischem Weitblick findet man außer in den Parteien der linken Mitte (und sogar unter deren Mitte-Rechts-Konkurrenten) insbesondere auch

- in den Gewerkschaften
- an der Spitze und im Mittelbau modern geführter Industrieunternehmen
- unter mittelständischen Unternehmern, Managern und auch Bankern
- im Bereich von Wirtschaftsverbänden und vergleichbaren Interessensvertretungen der Industrie
- vor allem auch in den vielfältigen Organisationen der Zivilgesellschaft – Nichtregierungsorganisationen (NGOs) –, soweit sie sich der Demokratie, den Bürgerrechten und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen.

Gemeinsam sollten und könnten sie den im vergangenen Jahrzehnt geschwächten progressiven Grundkonsens über ein europäisches Modell des sozialen, ökologischen und demokratischen Kapitalismus neu begründen. Die Diskreditierung des »Raubtierkapitalismus« (Helmut Schmidt) und der neoliberalen *Shareholder-value*-Ideologie wären dazu eine geeignete Voraussetzung, zumal die Idee des Rheinischen Kapitalismus und damit das *Stakeholder-value*-Ideal immer noch ein prinzipieller Teil des europäischen Wertekanons ist. Darin steckt die politische Chance der gefährlichen Weltfinanzkrise, die Peer Steinbrück eine

»Zäsur« genannt hat: in der Herbeiführung eines neuen sozialen Konsenses der modernen Eliten, in dem moderne Unternehmer, verantwortungsvolle Gewerkschafter, engagierte Aktivisten aus der Zivilgesellschaft und eine visionär-pragmatische Regierung in der Arbeit am Gemeinwohl zusammenwirken.

Es geht nicht um einen Fortschrittspakt für alle Zeiten, eine imaginäre »Allianz für den Fortschritt«, nicht um die Fata Morgana einer ewigen Koalition der Gutwilligen. Aber die Idee eines gemeinsamen sozialen und demokratischen Entwicklungsprojekts innerhalb des Kapitalismus könnte doch dazu führen, dass die Gleichgesinnten in unseren Gesellschaften »ein Stück des Weges« (Bruno Kreisky) gemeinsam gehen, um ihr Land und die europäischen Demokratien stärker und besser zu machen. Die Weiterarbeit an einer dynamischen Wirtschaft auf der Basis sozialer Gerechtigkeit, einer zukunftsorientierten Umweltpolitik, einem entschlossenen Sicherheits- und Rechtsstaat, einer toleranten integrativen und inklusiven Gesellschaft wäre ein Großprojekt, das die Anstrengung lohnte. Es geht dabei um das Überleben der linken Volksparteien, das Ende des »europäischen Paradoxons« und damit auch um die Zukunft der liberalen Demokratie.

8 Neue Balance, alte Tugenden oder: Das Leben der Anderen

Eine *One-Size-Fits-All*-Regelung zur Überwindung ihrer politischen Schwäche wird es für die europäische Sozialdemokratie nicht geben. Die Parteien der Linken Mitte werden daher ihre jeweils eigenen Wege gehen müssen. Gemeinsam aber benötigen sie eine neue innere Balance aus Selbsterkenntnis, Selbstkritik und Selbstbewusstsein. Helfen würde dabei ein intensiver Austausch über Fehler und Versäumnisse, ebenso wie die Bereitschaft zum Lernen aus Erfahrungen und Erfolgen der Anderen, der Mut zu Experimenten und die Belebung alter demokratisch-populistischer Tugenden. Keine leichte Aufgabe. Aber niemand hat behauptet, die Wiederherstellung der kulturellen Hegemonie wäre ein Spaziergang.



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-211-6

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Nora Neye
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.